ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Murithi, Timothy

Research Report

75 Jahre UN-Charta: Überprüfung dringend erforderlich

Global Governance Spotlight, No. 3/2019

Provided in Cooperation with:
Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), Bonn

Suggested Citation: Murithi, Timothy (2019) : 75 Jahre UN-Charta: Überprüfung dringend erforderlich, Global Governance Spotlight, No. 3/2019, Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), Bonn

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/203138

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

: Global Governance Spotlight
3 | 2019

sef:

75 Jahre UN-Charta
Überprüfung dringend erforderlich

Tim Murithi

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), António Guterres, betonte bei seiner Vereidigung am 12. Dezember 2016, dass „die Entscheidungen vieler Menschen weltweit von Angst geprägt sind. […] Es ist an der Zeit, die Beziehungen zwischen der Bevölkerung und den politisch Verantwortlichen neu zu gestalten […], Zeit für die Verantwortlichen zuzuhören und zu zeigen, dass sie sich kümmern, um ihre eigene Bevölkerung und die globale Stabilität und Solidarität, von der wir alle abhängen" (Guterres 2016, S. 2). Im Jahr 2020 wird das System der Vereinten Nationen 75 Jahre alt sein. Gleichzeitig scheint sich die Welt in einer prekären Lage am Rande des Abgrunds zu befinden – trotz der Existenz dieses internationalen Systems, das dazu dienen sollte, nachfolgende Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren und globale Herausforderungen zu bewältigen. Es ist deshalb geboten, ernsthaft zu prüfen, ob das gegenwärtige UN-System so konzipiert ist, dass es die dringendsten Probleme wirksam angehen kann – Probleme, die zur weiteren Fragmentierung der globale Gesellschaft beitragen können, indem sie Kräfte der Intoleranz und des gewalttätigen Extremismus freisetzen.

Die Welt in der Krise

Der Welt droht eine große Konfrontation im Nahen Osten, an der die USA und die Islamische Republik Iran beteiligt sind und in deren Folge Krisen in der Region und auf der ganzen Welt ausgelöst werden könnten. Darüber hinaus hat der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) bestätigt, dass es inzwischen 70 Millionen Flüchtlinge weltweit gibt, was deutlich mehr ist als während des Zweiten Weltkriegs (UNHCR 2019). Dies ist die Folge von Instabilitäten und gewaltsamen Konflikten, von denen die Bevölkerung in verschiedenen Regionen der Welt weiterhin heimgesucht wird. 100.000 UN-Blauhelme sind zurzeit im Einsatz. Dies ist bei weitem kein Indikator für den Erfolg, sondern ein Zeichen für das eklatante Versagen des UN-Systems, Streitigkeiten effektiv beizulegen und den Frieden aufrechtzuerhalten. Effektivere Friedensprozesse, die traditionell von den UN gestaltet werden, sollten eigentlich dazu führen, dass der Bedarf an internationalen Friedenstruppen sinkt und die in nationaler Eigeninitiative geleiteten Friedensprozesse zunehmen. Zu allem Überfluss wurden einige Angehörige der UN-Friedenstruppen entlarvt, die an geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Kinder und Frauen beteiligt waren, was die Organisation in den Augen der Opfer und Überlebenden, denen sie eigentlich helfen soll, stigmatisiert (MacLeod 2017). Wenn es eine eindeutige Metapher dafür gibt, dass die UN ihre moralische Kompetenz eingebüßt haben, dann ist es ihr Versagen, die geschlechtsspezifische Gewalt gegen einige der verletzlichsten Menschen der Welt direkt anzugehen.

Politische Ideologien sind auf dem Vormarsch, die auf der Ausgrenzung und Schikanierung bestimmter Gruppen beruhen. Es besteht die Gefahr, dass die Ende des 20. Jahrhunderts erreichten demokratischen Errungenschaften rückgängig gemacht werden. Insbesondere gibt es in einer Reihe von Ländern einen Rückfall in Autoritarismus, chauvinistischen ethni-

schen Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit. Dies erinnert an eine längst vergangene Ära faschistischer Regime zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Europa und Asien, die den Krieg anheizten und unermessliches menschliches Leid verursachten. Darüber hinaus lösen die Umweltschäden, die die Menschheit dem Planeten zugefügt hat – insbesondere durch die globale Erwärmung und den Klimawandel –, in verschiedenen Teilen der Welt humanitäre Katastrophen aus. Sie werden befeuert durch Wirbelstürme, Zyklone, Waldbrände und Erdrutsche, die Menschen aus ihren Behausungen vertreiben und den Druck auf eine bereits fragile globale Umwelt verstärken.

Der Trugschluss der UN-Reform

Albert Einstein, der weltberühmte und angesehene theoretische Physiker, argumentierte, dass der Wahnsinn versucht, immer wieder dasselbe zu tun und erwartet, jedes Mal ein anderes Ergebnis zu erzielen. In diesem Sinne hat sich das UN-System immer wieder zu reformieren versucht – ohne Erfolg und ohne spürbaren Unterschied in den gelebten Erfahrungen der verletzlichsten Menschen der Welt, denen es eigentlich beistehen soll. Am 14. Juli 2010 erklärte die scheidende Leiterin des Amts für Interne Aufsichtsdienste (Office of Internal Oversight Services, OIOS), UN-Untergeneralsekretärin Inga-Britt Ahlenius, in einem an die Öffentlichkeit gelangten internen Abschlussbericht, dass sich die Vereinten Nationen „in einem Prozess des Niedergangs und der reduzierten Relevanz“ befänden. Ahlenius‘ Kritik war umso vernichtender, als sie zu dem Schluss kam, dass die UN „scheinbar immer weniger als relevanter Partner bei der Lösung von Weltproblemen gesehen werden […], das ist ebenso traurig wie bedenklich“ (2010, S. 50). Zur UN-Reform kommentierte sie, dass „zersplitterte, schlecht durchdachte ‚Reformen‘ ohne angemessene Analyse und mit mangelndem Verständnis eingeleitet werden“. Sie fügte hinzu, dass dies „zu einer Schwächung der Gesamtposition der Vereinten Nationen und einer geringeren Relevanz der Organisation führt“ (2010, S. 49). Eine der negativen Folgen dieser Fehlentwicklung der Organisation sei unter anderem, dass sie ihre „Fähigkeit, die Zivilbevölkerung in Konfliktsituationen und Notlagen zu schützen“, mehr und mehr verliere.

Im Ergebnis hat die Vielzahl verworrener Kompromissvorschläge für eine UN-Reform nicht dazu beigetragen – und wird es vermutlich auch künftig nicht tun –, die tiefe strukturelle Krise internationaler Legitimität, die in den Entscheidungsstrukturen der UN angelegt ist, anzugehen. Ahlenius (2010, S. 48) kam auch zu dem Schluss, dass es bei der UN-Reform „keine Transparenz gibt und dass es an Verantwortlichkeit mangelt“, und sie betonte, dass sie „keine Anzeichen von Reformen innerhalb der Organisation gesehen“ habe. Dies legt nahe, dass es jetzt notwendig ist, nach anderen Möglichkeiten zur Steigerung der Effizienz des UN-Systems zu suchen.

Prozess zur Überprüfung der UN-Charta dringend erforderlich

Seit 1992 haben sich die aufeinanderfolgenden UN-Generalsekretäre bei ihren Amtsantritten mit euphorischem Tamtam für die Dringlichkeit von Reformen eingesetzt, ihre eigenen Prozesse etabliert, die alle ins Stocken geraten sind und mit beunruhigender Regelmäßigkeit keine wirksamen Ergebnisse geliefert haben. Guterres formulierte: „Diese Organisation ist der Grundpfeiler des Multilateralismus […]. Die Herausforderungen übersteigen jedoch inzwischen unsere Reaktionsfähigkeit. Die Vereinten Nationen müssen bereit sein, sich zu verändern.“ (Guterres 2016, S. 2). In der Tat ist es dringend geboten, sich ernsthaft mit der Frage zu befassen, wie das UN-System so verändert werden kann, dass es in seiner Entscheidungsfindung demokratischer und integrativer wird. Dies kann durch eine längst überfällige Konferenz zur Überprüfung der UN-Charta erreicht werden. Es sollte keine heiligen Kühe geben, wenn es darum geht, das zu retten, was vom Planeten Erde, der Heimat der Menschheit, übrig ist. Deshalb müssen wir ernsthaft prüfen, wie wir die globalen Institutionen durch die Schaffung eines neuen Systems neu gestalten können – eines Systems, das die Anliegen aller Weltbürger als gleichwertige Akteure auf der Weltbühne berücksichtigt. Dafür ist es dringend erforderlich, den Grundgedanken der partizipativen Demokratie auf globaler Ebene zu verankern (Archibugi 2000).

Es entbehrt jeder Logik, dass insgesamt mehr als fünf Milliarden Menschen keine „ständige“ Vertretung im UN-Sicherheitsrat haben, zumal sich mehr als 80% der Arbeit des Rates auf Krisensituationen in Afrika, dem Nahen Osten und Südostasien beziehen. Hier handelt es sich eindeutig um ein internationales Governance-System, das aus Sicht des globalen Südens keinerlei Legitimität hat.

Plädoyer für eine Parlamentarische Versammlung der UN

Für die Menschen, die nicht an den Entscheidungsprozessen, auf die es im Rahmen des UN-Systems ankommt, teilhaben können, stellt sich die Frage, ob sie ein derart illegitimes System der Global Governance weiterhin unterstützen sollten. Die Herausforderung besteht daher darin, eine Koalition der Marginalisierten und Enteigneten zu bilden, um aktiv eine Kampagne zur Umgestaltung des veralteten, anachronistischen UN-Systems, insbesondere des Sicherheitsrats, in die Wege zu leiten und dieses System durch neue Institutionen zu ersetzen – Institutionen, die darauf abzielen, die globale Demokratie zu festigen, basierend auf einer Erneuerung der Grundsätze der menschlichen Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Versöhnung.

Konkret ist es an der Zeit, dass eine Zweidrittelmehrheit der Länder in der UN-Generalversammlung eine

„Koalition der Willigen“ bildet und Artikel 109 der UN-Charta auslöst mit der Forderung nach einer Überprüfung der Charta. Gegen Artikel 109 können die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats, die die wichtigsten Nutznießer des globalen Status Quo und die Hauptverantwortlichen für einen Teil des Chaos in der Welt sind, kein Veto einlegen.

Die Anwendung von Artikel 109 ist seit mehreren Jahrzehnten überfällig, da in der UN-Charta die regelmäßige Überprüfung ihrer weiteren Relevanz und Effizienz gefordert wird. Tatsächlich verstoßen die Mitglieder der Generalversammlung gegen die Bestimmungen der Charta, in der konkret und ausdrücklich eine Überprüfungskonferenz zehn Jahre nach der Gründung der UN im Jahr 1945 gefordert wird. 1955 gab es Bestrebungen, eine Überprüfungskonferenz zu veranstalten, doch dieser Prozess geriet ins Stocken. Im Jahr 2019 spricht vieles dafür, die Kampagne zur Einberufung einer Überprüfungskonferenz der UN-Charta bis 2020 wieder aufleben zu lassen.

Basierend auf den Grundsätzen der menschlichen Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Versöhnung, für die viele Menschen und Gemeinschaften auf der ganzen Welt gekämpft haben und weiterhin kämpfen, kann ein neues globales System entwickelt werden. Es sollte auf dem Konzept einer Parlamentarischen Versammlung mit Gesetzgebungsbefugnissen und Fachausschüssen für Frieden, Sicherheit, Geschlechtergleichstellung, Umwelt, Flüchtlinge und so weiter beruhen. Eine Parlamentarische Versammlung der UN könnte, basierend auf einem Verhältniswahlsystem, aus Parlamentariern aller 193 Mitgliedstaaten bestehen. Auch andere Länder und Gebiete, die nicht Mitglieder der UN sind, könnten unabhängig von ihrer religiösen oder ideologischen Ausrichtung zum Beitritt aufgefordert werden. Damit würde eine globale Gesetzgebungskammer geschaffen, die im Tagesgeschäft praktikabel ist. Die Aktivitäten eines solchen neuen globalen Systems könnten durch die Besteuerung der globalen Finanzströme finanziert werden, was bereits vorgeschlagen wurde, um den transnationalen Herausforderungen zu begegnen, die ein einzelnes Land nicht bewältigen kann.

Empfehlungen

- Die Regierungen sollten eine „Koalition der Willigen“ gründen. Über ihre Ständigen Vertreter bei den UN in New York sollten sie unter Mitwirkung von Expertinnen/Experten eine Resolution der Generalversammlung zur Anwendung von Artikel 109 der UN-Charta erarbeiten. Gleichzeitig sollten sie einen Prozess einleiten, der auf die Einberufung einer Generalkonferenz zur Überprüfung der UN-Charta im Jahr 2020 abzielt. Damit werden Bemühungen unterstützt, eine Plattform zur Umgestaltung des UN-Systems zu schaffen – mit dem Ziel, die Beteiligung von Ländern zu stärken, die zu Zeiten der Gründung der UN nicht unabhängig und daher nicht in der Lage waren, bei der Entscheidungsfindung in Angelegenheiten, die sie betreffen, mitzuwirken. Eine Möglichkeit wäre beispielsweise die Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung mit Gesetzgebungsbefugnissen und Ausschüssen, die sich mit den wichtigsten globalen Herausforderungen befassen.
- Zivilgesellschaftliche Akteure, Bildungseinrichtungen und Regierungen sollten in ihren Einflussbereichen Dialogforen organisieren, Aufklärungsarbeit leisten und die Weltbürger in die Lage versetzen, sich ernsthaft mit der dringenden Notwendigkeit auseinanderzusetzen, einen Überprüfungsprozess der UN-Charta in die Wege zu leiten.

Auch wenn sich manche Länder für den Rückzug in ihren Kokon des blinden Nationalismus entschieden haben, können sie nicht leugnen, dass die Ära der Globalisierung uns erst einmal erhalten bleibt. Daher besteht die Herausforderung darin, Institutionen zu schaffen, um auf internationale Probleme reagieren zu können, bevor sie das Überleben der Menschheit gefährden. Die UN haben in ihrer 74-jährigen Geschichte keine Konferenz zur Überprüfung der Charta durchgeführt, was angesichts des Tempos der technologischen Entwicklung erstaunlich ist. Es ist absurd, dass die geopolitische Entwicklung unserer Global Governance-Institutionen nicht mit dem Tempo der Globalisierung und den Anforderungen des vierten Industriezeitalters Schritt gehalten hat. Daher müssen Think Tanks, die Zivilgesellschaft und Wissenschaftler/innen aktiv werden und UN-Mitgliedstaaten identifizieren und mobilisieren, die als Vorkämpfer fungieren können. Sie könnten eine Koalition von Ländern bilden, die bei der Einberufung einer Überprüfungskonferenz der UN-Charta im Jahr 2020 die Führung übernehmen und der Menschheit eine neue Richtung geben. Auf diese Weise können sie dazu beitragen, das globale System so zu verändern, dass die Gleichberechtigung aller Menschen bekräftigt und bestätigt wird.

Die Tücken bei der Überprüfung der UN-Charta

Es wäre naiv zu glauben, dass die Nutznießer des derzeitigen Systems, insbesondere die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats (P5) – eine Gruppe selbsternannter elitärer „global governors“ – Veränderungen zulassen werden, ohne Maßnahmen zu ergreifen, um diejenigen, die Veränderungen anstreben, zu tyrannisieren und zu beschwichtigen. Hinter den Kulissen werden sie eine spaltende, schändliche Rolle spielen und voraussichtlich alle Bemühungen um eine sinnvolle Veränderung untergraben, statt den Willen einer Zweidrittelmehrheit der Mitglieder der Generalversammlung zu unterstützen.

Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass die leichten kosmetischen Korrekturen einer so genannten UN-Reform institutionelle Modelle hervorbringen werden, die zu einer Stärkung der globalen Demokratie führen. Das gegenwärtige globale System wird durch die selektive Einhaltung des Völkerrechts und ein offensichtliches Demokratiedefizit definiert. Wenn der Status Quo bestehen bleibt, wird sich dieses Modell der elitären Global Governance nicht selbst reformieren, sondern lediglich bestehende Formen der Exklusivität replizieren und reproduzieren, indem einige zusätzliche Mitglieder kooptiert werden (Murithi 2003). Daher ist es unumgänglich, dass die Mitgliedstaaten der UN-Generalversammlung, die die fünf Milliarden Menschen repräsentieren, die nicht Mitglieder im elitären Global-Governance-Klub sind, eine „Koalition der Willigen" bilden. Sie müssen sich den Versuchen, sie zu spalten, widersetzen, um die gemeinsamen Interessen der Menschheit als Ganzes voranzubringen. Da es immer mehr Themen gibt, die für die Weltbürger auf globaler Ebene von gemeinsamem Interesse sind, ist die Schaffung neuer politischer Arenen für die demokratische Entscheidungsfindung gerechtfertigt.

Schlussbemerkungen

Die internationale liberale Ordnung befindet sich derzeit im freien Fall, ihre Auflösung hat begonnen, und sie droht, die Welt weiter in den Abgrund zunehmenden Chaos und immer größerer Katastrophen zu stürzen. Das UN-System wurde geschaffen, um Frieden und Sicherheit zu gewährleisten und das Wohlergehen der Menschheit zu fördern. Es ist jedoch so dysfunktional geworden, dass seine Aufrechterhaltung in der jetzigen Form eine klare und unmittelbare Gefahr für die Zukunft des menschlichen Überlebens darstellt. Auch wenn einige Länder den Weg des Rückzugs in ihren Kokon des Nationalismus gewählt haben, wird die Ära der Globalisierung vorerst weiter bestehen bleiben. Die Herausforderung besteht darin, Institutionen zu schaffen, die in der Lage sind, auf internationale Probleme zu reagieren, bevor diese die bereits bestehenden Krisen verstärken. Eine Überprüfungskonferenz der UN-Charta, die idealerweise 2020 einberufen werden sollte, kann durch eine Resolution der Generalversammlung in Anwendung von Artikel 109 der UN-Charta in die Wege geleitet werden. Dadurch wird eine Plattform für eine globale Debatte geschaffen. Ein wichtiges Ergebnis könnte die Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung der Vereinten Nationen sein. Diese kann den umfassenden Dialog und die Entscheidungsfindung bei der Suche nach einer wirksamen gemeinsamen Problemlösung fördern, mit dem Ziel, die globalen Herausforderungen unverzüglich anzugehen

Autor

Professor Tim Murithi | Leiter des Peacebuilding Interventions Programme, Institute for Justice and Reconciliation, Kapstadt, und außerordentlicher Professor für Afrikastudien, Centre for African Studies, University of the Free State, Bloemfontein, Südafrika. Er ist Autor und Herausgeber von elf Büchern, unter anderem Herausgeber des Routledge Handbook of Africa's International Relations @tmurithi12

Literatur

Ahlenius, Inga-Britt 2010, End of Assignment Report, http://www.humanrightsvoices.org/assets/attachments/documents/8802reportbrit.pdf.

Archibugi, Daniele 2000, 'Cosmopolitan Democracy', New Left Review 4, Juli/August: S.137-150.

Guterres, António 2016, 'Secretary-General-Designate Remarks to the General Assembly on Taking the Oath of Office', United Nations Headquarters, New York, 12. Dezember.

MacLeod, Andrew 2017, 'The United Nations is Turning a Blind Eye to Child Rape within its Own Ranks', Independent, 27. März 2017, https://www.independent.co.uk/voices/united-nations-soldiers-paedophilia-un-child-rape-ngo-staff-a7648791.html

Murithi, Tim 2003, 'Re-thinking the United Nations System: Prospects for a World Federation of Nations', International Journal on World Peace, 20, No. 4, Dezember: S. 3-28.

United Nations High Commissioner for Refugees 2019, 'Worldwide Displacement tops 70 Million, UN Refugee Chief Urges Greater Solidarity in Response', UNHCR, Genf, Schweiz, 19. Juni.

Impressum

Die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) wurde 1986 auf Initiative von Willy Brandt gegrün-det. Als überparteiliche und gemeinnützige Stiftung bietet sie ein hochrangiges internationales Forum für das gemeinsame Nachdenken über drängende Fragen von Frieden und Entwicklung.

Global Governance Spotlight ist ihre kompakte politikorientierte Publikationsreihe zur kritischen Begleitung internationaler Verhandlungsprozesse aus der Global-Governance-Perspektive.

Herausgeberin
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn
Tel. 0228 959 25-0 : Fax 0228 959 25-99
sef@sef-bonn.org : @sefbonn
www.sef-bonn.org

Redaktion
Dr. Michèle Roth

Übersetzung
Angela Großmann

Design Basiskonzept
Pitch Black Graphic Design
Berlin/Rotterdam

Gestaltung
Gerhard Süß-Jung

Papier
Umweltzeichen Blauer Engel

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.

ISSN 2566-6258

© sef: 2019